

Informationsbrief der Bundes SGK 4/2013

für sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Berlin, den 17. April 2013

- 1. SPD-Regierungsprogramms 2013** | eine Bewertung aus kommunaler Sicht
- 2. DEMO-Kommunalkongress am 27./28. Juni 2013 in Berlin** | Bitte anmelden!
- 3. Stellenausschreibung** | Sekretär/in für die Geschäftsstelle der Bundes-SGK gesucht

1. SPD-Regierungsprogramms 2013

Der SPD-Bundesparteitag am 14. April 2013 in Augsburg hat einstimmig das SPD-Regierungsprogramm 2013 beschlossen. Für die Kommunen und die Kommunalpolitik ist dies ein gutes Signal! In noch keinem anderen Programm für eine Bundestagswahl wurden die Sorgen und Nöte der Kommunen so deutlich angesprochen und eine Politik für die Kommunen formuliert.

In dem verabschiedeten Regierungsprogramm werden die Kommunen und die Kommunalpolitik in ihrer Bedeutung für die sozialdemokratische Politik gesellschaftlicher Teilhabe besonders herausgestellt. So heißt in dem eigenen Kapitel VI. Gute Nachbarschaft: „**Die Kommunen stehen im Zentrum unserer Politik.** Denn in den Städten und Gemeinden entscheidet sich, wie Menschen aufwachsen und leben.“ Das Kapitel widmet sich ausführlich der Bedeutung unserer Städte und ihrer Quartiere für eine soziale Stadt und formuliert notwendige Antworten einer sozialdemokratischen Politik zur Stärkung der Kommunen, um den bestehenden Handlungsanforderungen besser gewachsen zu sein.

An vielen Stellen des Regierungsprogramms wird deutlich, dass sich die SPD als Kommunalpartei versteht und sich in der Bundesregierung für bessere Rahmenbedingungen des kommunalen Handelns einsetzen wird. Zentrale Zukunftsaufgaben werden als Aufgaben adressiert, die nicht mehr durch eine Ebene alleine gestemmt werden können. Die Kommunen bedürfen der Unterstützung durch Bund, Länder und Europa.

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-9 60 · Fax: (0 30) 2 59 93-9 70 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Alexander Götz, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

Deshalb ist es auch nur folgerichtig das **Kooperationsverbot** zwischen den politischen Ebenen **in Frage zu stellen**: „Die großen Herausforderungen, vor denen wir in Bildung und Wissenschaft stehen, erfordern neue Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Mit dem Kooperationsverbot in der Bildung ist die Politik einen Irrweg gegangen. Wir wollen es durch einen kooperativen Bildungsföderalismus ersetzen, indem wir das Kooperationsverbot bei der Bildung im Grundgesetz aufheben und sprechen uns für einen neuen Grundgesetzartikel 104c aus, in dem dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung und Wissenschaft ermöglicht werden.“

Das gilt nicht nur für die Bildung, wie dem Programm zu entnehmen ist. Im Abschnitt VI.3 wird auf ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ abgehoben und im Abschnitt V.3 wird zum Thema Inklusion klargestellt: „Inklusiver Sozialraum entsteht auf allen Ebenen durch politische und gesellschaftliche Initiativen. Hierfür brauchen wir eine gemeinsame Koordinierung und neue rechtlich-organisatorische Voraussetzungen für die Zusammenarbeit des Bundes mit den bisherigen Trägern der Behindertenhilfe in Kommunen, Institutionen und Einrichtungen.“ Das Regierungsprogramm erkennt an, dass die Hilfe für Menschen mit Behinderung nicht länger im nachrangigen Fürsorgesystem der sozialen Sicherung verbleiben, und allein von den Kommunen getragen werden kann. „Wir werden deshalb unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz schaffen, das der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dient und die Eingliederungshilfe in ihrer bisherigen Form ablöst. Damit müssen wir auch eine **dringend notwendige Teilentlastung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfe** erreichen.“ heißt es in dem entsprechenden Kapitel.

Die **Stärkung der Finanzkraft der Kommunen** wird in den entsprechenden Passagen deutlich betont. „Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Gerechtigkeit. Es gibt klare Prioritäten, die den aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielen und finanziellen Handlungsspielräumen im Rahmen unseres Steuer- und Finanzkonzeptes folgen: An erster Stelle steht der Schuldenabbau und Investitionen in Bildung. Es folgt die Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Wichtig sind die Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere Lohn- und Einkommensentwicklung sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende.“

Dieses Versprechen wird durch folgende Sätze konkretisiert: „Wir streben deshalb einen **Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen in Deutschland** an. Wir wollen damit einen dauerhaften Beitrag zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen und zur Investitionsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise leisten.

Die Kommunen profitieren anteilig von der Rücknahme der schwarz-gelben Klientelgesetze, vom Subventionsabbau und der Einführung eines gerechteren Steuersystems. Teil des Paktes ist daneben die **Weiterentwicklung der Gewerbesteuer**.

Wichtig bleibt ferner eine Entlastung von steigenden Sozialausgaben. Ein erster wichtiger Schritt wurde auf Druck der SPD-geführten Länder mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund getan. Wir werden die **Übernahme weiterer Sozialleistungen durch**

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-9 60 · Fax: (0 30) 2 59 93-9 70 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Alexander Götz, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

den Bund prüfen.“ Zur Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe werden bereits, wie oben zitiert, eindeutige Aussagen gemacht.

Das entspricht auch dem vom ersten SPD-Konvent im Juni 2012 beschlossenen Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen. Im Kapitel VI. des Regierungsprogramms wird dies weiter konkretisiert. „Kurzfristig streben wir einen **Investitionspakt von Bund und Ländern** an, von dem insbesondere finanzschwache Kommunen mit Haushaltsnotlagen oder mit Haushaltssicherungskonzepten und hohen Kassenkrediten profitieren. Wir werden mit einem **„Eigenanteilfonds“** dafür sorgen, dass auch Städte und Gemeinden in Haushaltsnotlage die Bundesförderung nutzen können. Sie dürfen nicht von der Förderung ausgeschlossen bleiben, weil ihnen die Eigenmittel fehlen. Denn gerade dort ist der Bedarf am größten.“

Über eine Verbesserung der kommunalen Finanzen hinaus spricht das Regierungsprogramm **weitere für die Kommunen relevante Sachthemen** an, mit denen sich die SPD von der schwarz-gelben Bundesregierung unterscheidet. Sie entsprechen auch den Forderungen der Bundes-SGK, wie sie zuletzt von der Delegiertenversammlung am 15./16. Februar 2013 in Würzburg beschlossen wurden:

- Die SPD wird die von CDU/CSU und FDP zusammengestrichene **Städtebauförderung wieder verlässlich ausstatten**.
- Die SPD wird die **Soziale Wohnraumförderung verstetigen** und auch künftig bis 2019 mit Bundesmitteln ausstatten.
- Die SPD wird das **Wohngeld anpassen** und den von der schwarz-gelben Bundesregierung gestrichenen Heizkostenzuschuss wieder einführen.
- Die SPD wird das Mietrecht zum **Schutz von Mietern in angespannten Wohnungsmärkten** verbessern. Dazu zählt vor allem eine Begrenzung der Miethöhe bei Wiedervermietungen von Wohnungen nach Mieterwechsel.
- Die SPD wird im Bereich der Arbeitsmarktpolitik die finanziellen **Mittel für aktive Arbeitsförderung** auf hohem Niveau verstetigen und mittelfristig einen **öffentlich geförderten Beschäftigungssektor** mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung schaffen.
- Die SPD wird das **Betreuungsgeld abschaffen** und die frei werdenden Mittel zum weiteren **Ausbau der Kinderbetreuung** nutzen.
- Die SPD wird in ganz Deutschland stufenweise ein **flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagskitas und Ganztagschulen** ausbauen und hierzu ein entsprechendes Bundesprogramm auflegen.

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-9 60 · Fax: (0 30) 2 59 93-9 70 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Alexander Götz, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

- Die SPD wird die Kommunen mit den **Herausforderungen von Einwanderung und Integration** nicht alleine lassen. Neben der Wiederaufnahme des Programms Soziale Stadt wird sie für die besonders von der Armutszuwanderung betroffenen Städte ein **Sofortprogramm des Bundes** auflegen.
- Die SPD will mit einer verfassungsändernden Mehrheit für jede Frau und jeden Mann das **kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer** nach einem fünfjährigen legalen Aufenthalt schaffen.
- Die SPD will zur **Sicherung der medizinischen Versorgung in strukturschwachen Räumen** eine sektorübergreifende Bedarfsplanung schaffen, die konsequent an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert ist. Zur Unterstützung dient ein Förderprogramm „Gesunde Stadt – Gesunde Region“.
- Die SPD setzt sich für **faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen** im nationalen und europäischen Recht ein. Sie will auch auf europäischer Ebene sicherstellen, dass Kommunen selber entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erbringen. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Personennahverkehr, Flughäfen und Flugsicherung, wichtige Gesundheits- und Sozialdienste und der öffentlich-rechtliche Rundfunk dienen dem Gemeinwohl. „Im Gegensatz zur Regierung Merkel wird sich eine SPD-geführte Bundesregierung in Brüssel und bei anderen EU-Partnern dafür einsetzen, dass insbesondere die **Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie ausgenommen** wird.“
- Die SPD erkennt die **Rolle der kommunalen Energieunternehmen** als besonders wichtige Akteure für eine erfolgreiche Umsetzung der dezentralen Energiewende an.
- Die SPD schafft **Rechtssicherheit für die Kommunen bei der Übernahme der Verteilnetze** im Rahmen von Kommunalisierungen bei der Vergabe von neuen Konzessionen.
- Die SPD wird die **Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Energiewende** herstellen, den weiteren Ausbau der KWK stärken, die Rahmenbedingungen zum Ausbau der Verteilnetze durch eine veränderte Anreizregulierung schaffen und Planungssicherheit durch eine angemessene Reform des EEG herstellen.
- Die SPD wird bei **der Verbesserung der Energieeffizienz** in Zukunft den Blick stärker auf die Steigerung der energetischen Effizienz von Wohnungsgesellschaften, Stadtquartieren und Wohngebieten richten. Sie wird dafür sorgen, dass Mieterinnen und Mieter nicht aus ihren sanierten Wohnungen verdrängt werden.
- Die SPD wird **flächendeckenden Zugang zu leistungsfähigen Internet-Anschlüssen** gewährleisten, um ländlichen und strukturschwachen Regionen die Chance zu eröffnen, mit zunehmender digitaler Vernetzung hochwertige Dienstleistungen abseits der Boom-Regionen anzubieten und neue, qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen.

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-9 60 · Fax: (0 30) 2 59 93-9 70 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Alexander Götz, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

Das Regierungsprogramm zeigt damit, wie viele Versäumnisse und Fehlsteuerungen der schwarz-gelben Bundesregierung auch im Interesse der Kommunen zu korrigieren sind:

„Und nicht zuletzt: Heimat geht verloren, weil Städte und Gemeinden finanziell so ausgeblutet sind, dass kulturelle und soziale Angebote geschlossen, Stadtteile und Infrastruktur vernachlässigt werden. Die soziale und kulturelle Spaltung Deutschlands ist in den letzten Jahren gewachsen.

Das alles muss sich wieder ändern. Deutschland ist nicht wirtschaftlich stark und erfolgreich geworden, weil die Ungleichheit wuchs, sondern weil die Idee der sozialen Marktwirtschaft alle Menschen teilhaben lassen wollte, am wachsenden Wohlstand unseres Landes.“

(Alle Zitate stammen aus dem beschlossenen SPD-Regierungsprogramm 2013)

Mehr Informationen: http://www.spd.de/95466/regierungsprogramm_2013_2017.html

2. DEMO-Kommunalkongress am 27./28. Juni 2013 in Berlin

Unter dem Motto „**Kommunale Lebenswelten gestalten**“ findet am 27./28. Juni 2013 in Berlin der 8. DEMO-Kommunalkongress statt. In Vorträgen und Workshops sollen in diesem Jahr die Themenfelder „Wohnen und Freizeit“, „Arbeit und Familie“ sowie „Energie und Umwelt“ beleuchtet werden. Zum DEMO-Kommunalkongress werden Entscheidungsträger aus der ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitik, hochrangige und prominente Vertreter aus Bundes- und Landespolitik, führende Köpfe der Kommunal- und Verwaltungswissenschaft sowie Spitzen der kommunalen Wirtschaft erwartet.

Das Programm, ein Anmeldeformular (es besteht auch die Möglichkeit der Online-Anmeldung) sowie weitere Informationen finden sich unter: <http://www.demo-online.de/demo-kommunalkongress-2013>

3. Stellenausschreibung

Die Geschäftsstelle der Bundes-SGK hat eine Stelle einer Sekretärin / eines Sekretärs zu besetzen. Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, ihre Unterlagen an die Geschäftsstelle der Bundes-SGK zu senden. Wir haben die Stellenausschreibung diesem Informationsbrief als Anlage beigelegt.

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-9 60 · Fax: (0 30) 2 59 93-9 70 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Alexander Götz, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de